Gerichtsverfassung.

Im Umfang der Periode, mit deren Beschreibung wir uns befassen, war wenig Änderung bei der Gerichtsverfassung, wie wir sie in der vorhergehenden nachgewiesen, eingetreten. Man trifft in den Urkunden, in denen gerichtliche Handlungen entweder absichtlich aufgezeichnet oder nur beiläufig berührt sind, noch immer so vieles vor, was teils zum Wesen, teils zur Form des Grafengerichts gehört, dass wir dasselbe auch jetzt noch nicht verkennen. Die Einteilung der Gerichtsbezirke war beinahe noch dieselbe. Es gingen zwar Veränderungen in der Staatsverfassung vor, allein so allmählich und ohne Plan, dass sie auf die Gerichtsverfassung nur einen unregelmäßigen Einfluss übten, so dass es schwer fiel den Anfang des Einen und das Aufhören des Anderen, sowie die Änderung darin zu bemerken. Eine bestimmte Norm für die Gerichtsverwaltung fand so wenig auch jetzt für dieselbe wie damals statt. Dazu war die Zeit und die Machthaber in den höheren wie in den geringeren Ständen waren noch zu sehr in ihrem Verfahren an die Willkür gewöhnt, und durch kein Gesetz an die Ordnung gebunden. Sie entschieden alle vor sie gebrachten Sachen, wie wir wissen, nach dem vaterländischen Rechte. Aber wie unbestimmt dieses war, haben wir ebenfalls nachgewiesen.

Der Zweikampf und die Ordalien (*Gottesurteil als sicheres Beweismittel*) überhaupt waren noch üblich, und selbst Heinrich IV. erbot sich zu demselben mit dem frechen Reginger (*Reginhar von Lothringen?*). Ebenso wurden noch Beweise durch die Feuertaufe geführt. Der Mord wurde fortwährend mit Geld gebüßt und dies den Verwandten des Ermordeten zuerkannt. Der König war noch der höchste Richter, und sass nicht selten bei wichtigen Angelegenheiten persönlich zu Gericht. Er machte deswegen[^]manchmal Reisen in die Provinzen. Die Grafen und Herzöge verwalteten noch die ordentliche Gerichtsbarkeit. Doch schon seltener persönlich, sowie sie auch die Bischöfe mehr durch ihre Vögte auf ihren Gütern und in den bischöflichen Städten übten (*Solche Sitzungen die bisher Grafendinge hiessen, erhielten jetzt die Benennung Vogtgeding. Ein solches wurde nicht mehr als zwei bis dreimal im Jahr gehalten. Der Name Dingvogt kommt schon 1093 vor und erhielt sich bis durchs 13. Jahrhundert*). Die Pfalzgrafen als Hilfsbeamte der Herzöge übten auch oft einen Teil der Gerichtsbarkeit, jedoch mehr in ihrer Eigenschaft als Beistände derer, die sich über irgend einen Druck zu beschweren hatten. Wenig Streitsachen unter Privaten unterlagen aber ihrer Aburteilung, indem sie die meisten an den Krieg selbst verweisen mussten. Sobald dieser auf seiner Rundreise in den Provinzen ein sogenanntes Hofgericht abhielt, dann wurden solche Sachen in Gegenwart der Pfalzgrafen zur Verhandlung gebracht und nach dem Gutachten der Schöppen von dem König selbst entschieden. Reichshöfe hiessen solche Gerichtstage, wann wichtige Rechtsstreitigkeiten zur Verhandlung kamen, in denen Fürsten und adlige Herren auf Leib und Leben, Ehre und Lehen beteiligt waren, und worüber der König persönlich das Urteil fällte.

Das Faustrecht, dem wir noch eine besondere Rubrik widmen werden, das nichts anders, als eine Zeit war, wo jeder Machtinhaber Richter in eigener Sache sein konnte. Wo also bloss das Recht des Stärkeren galt, war demnach eins der störendsten Elemente im Gang der Gerechtigkeitspflege. Die höheren und niederen Gerichtshöfe hielten zwar auch jetzt noch ihre Sitzungen und sprachen Recht. Allein zu was half ein Urteil, wenn der Stärkere sich ihm zu entziehen wusste, oder mit Waffengewalt den Vollzug desselben hinderte? Ein oder der andere kräftige Kaiser wusste zwar dem recht Achtung zu verschaffen, wie z.B. Friedrich I., der deshalb sogar die Strafe des Hundetragens erneuerte. Wozu er als abschreckendes Beispiel selbst den Erzbischof Arnold von Mainz und den rheinischen Pfalzgrafen Hermann von Stahleck verurteilte. Aber darum ruhte das Faustrecht doch gerade nur so lange, als man sich fürchtete. Allein dieser grosse Hohenstaufen konnte auch nicht überall sein, und während seiner öfteren und langwierigen Heereszüge gewöhnte man sich immer mehr an jedes gewaltsame Verfahren.

Die kaiserliche und königliche Gerichtsbarkeit verschwand allmählich, als die Fürsten und Grafen aufhörten, sich als königliche Beamte anzusehen, und sich daran gewöhnten, als unabhängige Herren über ihre Besitztümer zu walten. Es war demnach eine natürliche Folge, dass sie endlich die Gerichtsbarkeit völlig an sich rissen, und Geistliche wie Weltliche sie übten. Die Grundverfassung verlor sich damit ebenfalls, wie wir noch näher in der Rubrik Grafen sehen werden, und mit ihr verschwanden die Landgerichte. Die ehemaligen Zentgrafen wurden durch königliche, fürstliche oder gräfliche Richter oder Amtleute ersetzt.

Es ist in der Geschichte der ersten Grafen unserer Länder die Frage der Regentenselbständigkeit vielfältig zur Sprache gekommen und erörtert worden. Überall lagen unzweideutige Tatsachen vor, dass mehrere jener Grafen zum Teil lange schon faktisch der Selbständigkeit sich erfreuten, aber der

rechtliche Besitz vermochte nicht nachgewiesen zu werden. In dieser Periode ist der Beweis erst da zu führen, als Friedrich II. 1232 die Gerichtsbarkeit der Landesherren in ihren Gebieten feierlich anerkannte, und ihnen die Zentgrafen förmlich unterordnete (*Was Friedrich II. in einer den weltlichen Fürsten ausgestellte Urkunde gewährte, was eigentlich nur die Bestätigung früherer einzelner Zugeständnisse und Anmassungen, eine schriftliche Zusammenfassung aller Rechte, die bei der Belehnung verliehen wurde (Hüllmann)*). Mit dieser feierlichen Anerkennung hatte denn nun auch die königliche Gerichtsbarkeit ein Ende genommen.

Die Landesherren die, sich höher dünken als früher, die Gerechtigkeit wenig mehr persönlich übten, überliessen sie ganz den Zentgrafen, denen die Schultheisse, Vögte und Gerichtshalter bei- oder untergraben. Sie wiesen jedem derselben seinen bestimmten Gerichtsbezirk an und übertrugen ihm die Stelle entweder als Lehen, oder kauf- oder pfandweise. Bei den Bistümern und Klöstern, wo dieselbe Einrichtung beobachtet wurde, trat sogar nicht selten der Fall ein, dass solche Vögte die Gerichtsbarkeit wieder in ähnlicher Weise, wie sie dieselbe empfangen hatten, an Untervögte, in besonderen Bezirken als Lehn abtraten, damit hatte es jedoch ein Ende, wenigstens bei peinlichen Gerichten, die an eine vierte Hand nicht übergehen konnten (*Nicolaus Kindlinger in seiner Geschichte der älteren Grafen enthält Folgendes hierüber: Man hatte Vogt-, Lehn- Stadtgerichte, ohne dass einem nur einfiel, ob diese Gerichte immer neben einander bestanden, oder einige davon ihre Ausbildung erst jüngeren Zeiten verdanken. Die geistlichen und weltlichen Reichsbeamten hatten die Grafschaften so gut wie erblich an sich gebracht, waren Häupter ihrer Mannschaften und selbst der Nation geworden. Da hingegen die echten Landeigentümer (unabhängige Staatsbürger) in eine Art von Abhängigkeit zu ihnen gekommen sind*). Das Ansehen und der Wirkungskreis der Zentgrafen wuchs bei diesem Gang der Dinge sehr. Denn vorher nur in dem Besitz der unteren Gerichtsbarkeit, verlangten sie jetzt allmählig die ganze Gewalt der Landgerichte, damit also auch den Blutbann. Zivilsachen unterlagen indessen den Schultheissen oder Niedergerichten.

Das Verfahren blieb seiner alten Einfachheit getreu, da man der geschriebenen Gesetze wenig hatte. Man also, wie schon wiederholt bemerkt wurde, Gewohnheitsrechte und Billigkeit zur einzigen Richtschnur nahm. Konnte man in zweifelhaften Fällen nicht mit sich einig werden, so wurde in bürgerlichen Sachen zu gewählten Schiedsrichtern seine Zuflucht genommen. Austräge, das heisst Verabredungen über vorher gewählte Schiedsrichter fanden auch statt. Solche Austräge waren häufig, weil die Unterrichter nicht immer Erfahrung genug hatten. Da es ihnen auch an den nötigen Rechtskenntnissen fehlte, so hatten die Kaiser in den bedeutendsten Städten Schöppenstühle und Dingstühle angeordnet, die aus fachkundigen Männern bestanden, bei denen man sich Rät einholen konnte.

Es ist der besonderen Bemerkung wert, dass wenn im Jülich-Bergischen ein Ritterbürtiger, ein Schöffe -- (vielleicht ein Altfreier) eines Verbrechens beschuldigt war, der Graf sich verpflichtet sah, sie vor ein Gericht in Opladen zu stellen, das aus sämtlichen Rittern und Schöffen bestand. Das Präsidium führte er selbst, neben ihm sass sein Landdrost, das Gericht aber der Richter von Porz. Die Schöffen von Porz und Kreuzberg sassen am Tische, um sie herum standen alle übrigen Land-Schöffen, im Ganzen zweiundsiebzig (die alten Sakramentales). Die Ritterschaft stand vor dem Gerichtstisch. War die Untersuchung mit den übrigen gerichtlichen Verhandlungen beendet, so trug der Richter auf den Spruch an. Jetzt teilten sich Ritter und Schöffen in zwei Kammern und berieten sich gesondert. Jede Abteilung musste dann der anderen das Resultat ihrer Beratung mitteilen. Fiel diese verschieden aus, so traten sie an ihre besondere Stelle zurück, bis sie sich vereinigt hatten, und ihr Spruch ein und derselbe war. Konnte die Versammlung ihre Beratung in einem Tage nicht beendigen, so dass sie die Nacht dabei überraschte, so setzten sie den andern Tag die Beratung fort. Den dritten aber musste die Sache durch ein Urteil entschieden sein. Die ganze Versammlung durfte sich vorher nicht auflösen, nur der Graf durfte die Nacht in einer seiner nächsten Burgen zubringen. Er hatte für die Beköstigung der Versammlung zu sorgen.

Wir haben unsere gegenwärtige Darstellung mit einer Erscheinung im Gerichtswesen zu schliessen, welche sich nur in Westfalen zeigte und für die ganze Geschichte des deutschen Mittelalters von den interessantesten und wichtigsten Folgen war, wir meinen die Frei- oder Femegerichte.

Freigerichte (*In den lateinischen Urkunden: Jurisdictio vel comitis ((Gerichtsstand oder Graf)). In einer Urkunde von 1211 heisst es Frigethink, in einer anderen Vriethin usw.*) war die Benennung für alle Gerichte, die über Frei urteilten. Das heisst, über ihre bürgerlichen wie peinlichen Sachen, über die von ihnen zu zahlenden Abgaben usw. Ihre Sitzungen waren in offene und heimliche eingeteilt. Die Erstere

hiess das gemeine Freiding, welches zwei bis dreimal im Jahr abgehalten wurde, und wobei alle Kirchspielgenossen, nachdem ihnen der Tag von der Kanzel verkündigt worden, erscheinen mussten. Sie hiess ferner besonderes Freiding, wobei nur diejenigen, die dazu durch eine besondere Ladung aufgeboten waren, entweder allein oder nebst ihren Freunden und Zeugen erscheinen mussten. Am gemeinen ward eine unentschiedene Frage an den Vorstand oder die versammelten dingpflichtigen Männer wie beim Goding ausgestellt, die sich dann mit einander beratschlagten und das Recht darauf wiesen, dass ein Urteil oder Weistum hiess. Und nach dreimaliger Anfrage, wenn niemand mehr dagegen etwas einzuwenden hatte, als festes Recht und Landesgesetz wurde. Kam in einer Sitzung, die stets unter freiem Himmel, an einem sicheren Orte, Freistühle, Dingstühle genannt, Statt hatte, eine Klage vor, die eines Menschen Ehre und Glimpf oder Sachen betrafen, worin man bei den offenen Gerichten keine Entscheidung erhalten konnte, so wurde der Beklagte aus dem offenen Gericht in das heimliche gezogen. Das heisst, das offene Gericht wurde beendet und die Dingpflichtigen wurden entlassen. Der Freigraf aber und die Freischöffen nebst dem Beklagten, wenn er gegenwärtig war, blieben. Und nun musste der Beklagte seine Ehre verantworten, widrigenfalls er zum Strang und in späterer Zeit zum Schwert verurteilt wurde. Dieses hiess das heimliche Gericht und wurde nach dem offenen Freiding gehalten, wenn nicht Sachen vorkamen die keinen Aufschub litten. Doch wurden in diesem Falle die Beklagten dreimal verabladet und konnten sich verantworten. Erschienen sie aber nicht, so wurden sie als überwiesene Verbrecher gerichtet.

Die Freigerichte erstreckten sich in Westfalen über einen bestimmten Bezirk oder Bestandteil, wie sich dieselben bei Bildung der neuen Territorien, die wir bald näher werden kennen lernen, heraus stellten. Solche Gerichtsbezirke nannte man zugleich Grafschaften oder Freigrafchaften, (*commencia libera*). Gewöhnlich war der Besitzer des Territoriums auch Inhaber der Freigrafchaften, oder Lehnsherr über diejenigen, denen sie dieselben unter diesem Titel verliehen hatten. *(Es traten nun öfters Umstände ein, wo die Bischöfe genötigt waren, nicht allein viele ihrer Kammergüter -- die Zehnten waren schon lange fort -- sondern auch ihre Go- und Freigrafchaften zu verpfänden oder Andere damit zu belehnen. So geschah es, Seitens des Grafen von der Mark in Bezug auf zwei Grafschaften, eine welche die Familie von Rinckenrode von ihnen als ein münstersches Aferlehen hatte, und die, welche diese Grafen der Familie von Korf 1325 verkauften und die Korfische wie auch Warendorpsche Freigrafchaft hiess. Ingleichen die edlen Herren von der Lippe; die Grafen von Ravensberg. Wovon die eine die Familie von Heiden, und die andere die Familie von Meerfeld als Aferlehen von dem Grafen von Ravensberg inne hatten, und noch mehrere andere Herren in Lehen erhielten. Die gewöhnlichen Abfälle bestanden in gewissen Schillingen, welche die Freien Stuhlleute unter dem Namen von Mai und Gerstbeden, und in Diensten, welche dieselben unter dem Namen von Diensten bei Gras und Stroh nebst dem Königsdienst, dem Stadtherrn jährlich entrichteten. Sowie auch in Geldern, welche für die Bestätigung der Käufer Verträge usw. erlegt werden mussten. Der Nutzherr erhielt davon 2/3 der Freigraf 1/3. Ebenso war es mit den Brüchten gehalten, welche teils von denen, die ohne erhebliche Ursachen von den gemeinen Freidingen wegblieben, teils von denen, die sich einiges zu Schulden kommen liessen, erhoben wurden. Die gewöhnlichen Abfälle und Brüchte bei diesen Freigerichten haben nun die damit belehnten Grafschaften ganz oder zum Teil wieder versetzt, ja sogar wieder verkauft, freilich mit dem Vorbehalt der Lehnverbindlichkeit, wie dies mit der Warendorpschen Freigrafchaft der Fall war. (Wi Greve Engelbracht van der Marke .. dot kundig unde bekennet, dat wi .. hebbet verkoft und verkopet in dessen breven de Vriengrafscop to Vardorpe ... Mit soliken Underscheyt dat her Korf ofte welke de Grafscop hevet sal man wesen de Grafscop van der Marke. Vortmer bekenne wi dat wi ofte we Greve to der Marke is se belennen sollen, it sie Wives Name oder Mannes Name, dat van en kommt etc.) Die Subversallen gingen noch weiter, und verteilten die Freigrafchaften unter sich, oder versetzten und verkauften solche mit den dahin gehörigen Freistuhlgüter und Rente stückweise. So dass manche Freigrafchaften in fünf und mehrere Stücke zerteilt waren, und ebenso viele Nutzherren hatten. Noch nicht genug, man versetzte oder verkaufte die Freigrafchaften einzeln ohne die dazu gesetzten Freistuhlgüter, sowie letztere ohne jene. Natürlich dachte ein Jeder, der einen Teil einer solchen Freigrafchaft an sich brachte, dabei zu gewinnen. Aber fehlgeschlagene Erwartung war nicht selten der einzige Gewinn und zugleich der Anlass zu Unordnungen).* Nicht zu übersehen ist, dass die Benennung mit dem zwölften Jahrhundert, das heisst zugleich mit der Bildung der Territorien aufkam. Überall in Westfalen fanden sich um diese Zeit solche Freigrafchaften vor, die im dreizehnten Jahrhundert ihre Einteilung nach den Kirchspielen empfangen. Im Amt Bechte und Emsland, das der Witwe des Grafen Otto von Ravensberg, Sophie von Oldenburg und ihrer Tochter Jutta, vermählte Montjau, gehörte, ferner in dem kölnischen Anteil Westfalens; in der Veste Recklinghausen usw.

Der Gerichtsbann, aus dem die Freigrafschaft bestand, reichte allem Anschein nach bis in die Zeiten Karls des Grossen und fasste mehrere Male oder Gerichtsplätze in sich. Freien, Freistühle, Freistuhlgüter werden als Bestandteile der Freigrafschaften genannt, demgemäss war die Freigrafschaft ein Territorium.

Da aus Allem hervorgeht, dass die Freigerichte ihren Ursprung der alten Verfassung entlehnten, so waren sie auch keine ausserordentliche sondern ordentliche Landgerichte, wie die übrigen bereits erwähnten. Die Trennung letzterer, das heisst aus bekannten Gaugrafschaften und der Freigrafschaften geschah bloss durch den Übergang, zur Territorialherrschaft. Und die Freigrafschaften zeigten sich dann selbständig als die Freien bei der neuen Territorialherrschaft, ihre Rechte bewahrend. Diese sich auf einen eigenen Gerichtsstand zu behaupten wussten, während die Landgerichte ihre Jurisdiktion über die Untertanen der neuen Territorialherren übten. Diese waren daher eigentliche Landgerichte und ihre Sitzungen führten den Namen gemeines Goding, während der Freigraf als kaiserlicher Richter sein Freiding hielt. Die Grenzen beider Jurisdiktionen liefen jedoch manchmal ineinander, so dass oft der alte Richter Freirichter ward, und ein neuer Gaugraf über die Freien des neuen Landesherrn richtete. Endlich traf es sich auch manchmal, dass der Freigraf beiden Gerichten vorstand. Die Art der Trennung ist nie genau zu ermitteln, da kein urkundlicher Beweis davon aufzubringen ist. Beide hielten übrigens an allen Malen ihre Sitzungen und über die gleichen Gegenstände, und blieben in denselben Verhältnissen zu den Bauerschaften und Bauerngerichten.

Je mehr aber die Landeshoheit sich verstärkte, mit desto ungünstigeren Augen sahen die Landesherren diese Freigerichte neben oder gewissermassen über ihren Landgerichten stehen. Daher benutzten sie ihre wachsende Macht auch zur Ausdehnung ihrer Obergerichtsbarkeit, mithin zur Verdrängung der Freigerichte. So dass sie nach und nach sehr abnahmen, ja wir sehen sie schon ihrem Untergang nahe, als sie plötzlich in einer anderen Gestalt, in einer weit höheren Macht, ja in einer solchen erschienen, dass sie eine der würdigsten Zeitabschnitte in der Geschichte des deutschen Gerichtswesens bilden. Die Freigerichte erscheinen nämlich als Femegerichte (*Der Name kommt vom altsassischen Wort Fehm, Bann, Acht, Fluch usw.*). Nur kurz vermögen wir den Übergang der Freigerichte zu den Femegerichten anzudeuten, und nie kann ein bestimmter Zeitpunkt des Anfangs der Femegerichte als Gegensatz der Freigerichte gesucht werden. Es war kein bestimmtes Institut sondern pflanzte und bildete sich fort aus dem bestehenden (*Wigand Seite 275: die Frei- oder Femegerichte existierten nie und nirgends anders als in Westfalen und Engern. Mit dem Ausdruck Westfalen bezeichnet man aber den Inbegriff aller Territorien, in denen sich Freigerichte und Freistühle, als unmittlere kaiserliche Gerichte, mit dem dabei hergebrachten Gewohnheitsrechte, das aber westfälisches Recht genannt wurde, erhalten haben. Alle Fehmgerichte hielten mit Strenge und Heiligkeit darauf, dass kein anderer Freistuhl anerkannt wurde, der nicht von Alters her existiert hatte und in Italien lag. Man nannte Westfalen auch die «rote» Erde, ein Ausdruck dessen Bedeutung unbekannt ist. In einer Abhandlung des Westfälischen Ausdrucks (Seite 276) vermutet Wigand, der Ausdruck rote Erde bedeute überhaupt nur Erde. Insofern also von Gerichten auf roter Erde die Rede ist, sich auf den Gegensatz zwischen den Gerichten, die in Häusern und Kammern, und dann die noch an alter freier Malstätte gehalten werde, beziehe).*

Die Freigerichte waren jedoch nicht von Karl dem Grossen begründet worden, wenn auch die späteren Freigrafen und Freischöffen dieser Meinung selbst waren, und ihr mit der Vorliebe anhängen, mit der man immer gern das Entstehen solcher Institute mit einer möglichst alten Zeit oder mit einem berühmten Stifter in Verbindung zu bringen sucht.

Die Femegerichte hielten ihre Sitzungen auf denselben Malstätten, frei unter dem offenen Himmelszelt, wo die karolingischen Grafen ihre Sitzungen hielten. Man kann die meisten noch nachweisen, da solche Stätten zu allen Zeiten mit scheuer Ehrfurcht angesehen wurden. Sie hielten also nicht nur ihre Sitzungen an verborgenen heimlichen Orten oder unter düsteren Gewölben, wie man davon so viele romantischen Schilderungen aufgezeichnet findet. Die Sitzungen wurden freiwillig in gewissen Zeiten des Jahres gehalten. Das gerichtliche Verfahren beruhte auch bei diesen Gerichten vorzüglich und fortwährend am Festhalten und Befolgen alter Gewohnheitsrechte. Urkunden, Weistümer und Reformartionen bringen uns erst nähere Kunde über das Verfahren im 14. und 15. Jahrhundert. Denn hier war der Zeitpunkt, wo sie als Reichsgerichte verfahren. Die Kompetenzstimmung der Freigerichte ist nirgends gleichförmig, überall herrscht darüber nichts als Widerspruch. Vieles hielt sie als Ganzes zusammen, das alte Herkommen, der Eid, das Standesverhältnis, die Abhängigkeit vom Kapitel und später der Schöffenbund.

Die Femegerichte waren für Zivil und peinliche Sachen bestimmt. Allein da sie sich mit besonderer Tätigkeit und Strenge den letzteren widmeten, so bildeten sich nach und nach die Idee, als seien sie dazu allein kompetent gewesen. Später gestaltete sich durch die Praxis die Kompetenz so, dass die Feme sich nur mit Verbrechen, endlich bloss mit gewissen Verbrechen ausnahmsweise beschäftigte. Ihre Kompetenz beschränkte sich jedoch in ihren gesetzlichen Grenzen nur auf Verbrechen, welche die Todesstrafe nach sich zogen. Als sie immer mehr durch Anmassungen aller Art ihre Kompetenz auszu dehnen wusste, so verlor sie nun umso mehr beim Sinken ihrer Macht das ihr rechtmässig Gehörende.

Das Femegericht bestand, wenn dasselbe gehegt wurde, aus dem Freigrafen oder Richter, aus den Freischöffen oder Urteilssprechern und aus den freien Dingpflichtigen der Grafschaft oder Standesgenossen. Zum gebotenen oder heimlichen Gericht kamen nur die Schöffen. Ausser den genannten Personen waren auch noch die Fronboten oder Freigrafen, wesentlich bei diesem Gericht wie bei anderen und in den nämlichen Amtsverrichtungenen.

Der Freigraf, als kaiserlicher Beamte eidlich verpflichtet, musste ein Freier, in Westfalen von freien Eltern ehrlich geboren, keines entehrenden Verbrechens schuldig oder dessen berüchtigt sein, auch in keinem Bann sich befinden und die nötigen Fähigkeiten für seine Amtsverwaltung besitzen. Die Freischöffen und Freifronen, ebenfalls Beamte und als solche eidlich verpflichtet, mussten freie Erbgewesenen sein und, vermöge ihres Amtes die dem Freigraf vorgeschriebenen Eigenschaften haben *(Die Schöffen mussten, nach Kindlinger, von jeher echt geborene, frei und angesessene Männer sein, wozu man gewöhnlich Besitzer von Haupthöfen wählte. Sie waren frei, begütert und, da die Hofsprachen an ihren Haupthöfen erhalten wurden, der Landesgewohnheit kundig. Mit der Zeit wurden aber die meisten von ihnen Dienstleute eines mächtigen Grafen, Herzogs oder einer Kirche, ja manche sogar hörig wie der osnabrücksche Werinbrecht (Mösers Osnabrücker Geschichte. Urkunde XXIL). Die übrigen machten in späteren Zeiten den niederen Adel aus, welcher den Fehden nachzog und seine Güter durch seine Leibeigene oder solche, die in seinem Schutze standen, bauen und durch das Grafending (Placitum comitis = durch Zustimmung des Grafen) besuchen liess)*. Denn wie hätte das Gericht ohne dieselbe befugt sein können, über Frei Urteile fällen zu können? Sieben Freischöffen waren erforderlich, um Gericht zu halten. Wenn es ohnehin Brauch in deutscher Vorzeit war, die Gerichte mit Würde und Feierlichkeit zu halten, so herrschte diese doch vor Allem auf den Sitzungen der Freigerichte in Westfalen. Folgendes wird eine Übersicht davon gewähren

Das Gericht versammelte sich auf der alten Malstätte. Der Freigraf bestieg den Stuhl mitten in der Versammlung. Vor ihm lag das Schwert, als Symbol der höchsten Gerichtsbarkeit und bezeichnete zugleich in seiner Kreuzesform Christus und die Christusreligion, und neben dem Schwert die Wyd oder der Strick. Im Dortmunder Recht befindet sich folgende erklärende Stelle: das Schwert bedeutet das Kreuz, da Jesus Christus daran gelitten hat, und die Strenge des Gerichts. Die Wyd bedeutet die Strafe der Bösen und ihrer Missetat, dadurch Gottes Zorn besänftigt wird, da es des heiligen Reich Obergericht übers Blut ist. Gott soll Ehre damit geschehen, darum soll auf die hohe Gnade und Würde des Gerichts gehalten werden.

Hatte der Freigraf seinen Sitz eingenommen, so hegte und schloss er das Gericht, nämlich die Schöffen reihten sich auf seine Aufforderung, und die Genossen und Dingpflichtigen umgaben seinen Platz. Man erklärte dann nach gemeinsamer Verständigung, dass hier die richtige Dingstätte, die rechte Zeit und rechte Stunde sei, ein Freigericht zu hegen. Die Richtigkeit und Förmlichkeit wurde durch Fragen und Antworten konstatiert. Während der Hegung des Gerichts herrschte eine tiefe feierliche Stille, und war vom Freigrafen ausgesprochen, dass das Gericht seinen Anfang genommen, dann wurde Friede durch dreimaligen Ruf geboten. Niemand sprach jetzt mehr als mit des Richters Erlaubnis durch seinen Vorsprecher. Beim geschlossenen wie beim offenen Ding wurde ein und dasselbe Verfahren eingehalten.

Die Freischöffen, deren Zahl sich mit der Zeit immer mehr vergrösserte, und die endlich bis auf hundert und darüber stieg, mussten mit entblösstem Haupt und unbedecktem Gesicht stehen, zum Zeichen dass sie offen und redlich sprachen, kein Recht mit Unrecht bedeckt hätten, noch bedecken wollten. Sie trugen bloss Mäntel auf ihren Schultern, hatten weder Waffen noch Harnisch bei sich, damit sich niemand vor ihnen zu fürchten habe und weil, wie es im Dortmunder Recht heisst, sie in des Kaisers Reich und Frieden begriffen wären. «Ferner» des Zornes und jeder Leidenschaft sollten sie sich enthalten, fastend und nüchtern ihres hohen Berufes pflegen. In den früheren Zeiten vertrat ein vom Richter erbetener Vorsprecher den Angeklagten, in den späteren wurden auch Sachwalter oder

Bevollmächtigte zugelassen, welche aber Freischöffen, und dem, den sie vertraten, ehrerbietig sein mussten, nach Ordnung des Heerschildes. Der Machtmann, so nennt das Dortmunder Weistum den Bevollmächtigten, musste einen Eid leisten und eine schriftliche Vollmacht (Machtbrief) einreichen. Sie musste auf gutem Pergament, ohne sichtbare Fehler und ohne Rasur, auch von zwei Frei-Schöffen (wenigstens) besiegelt sein. Vor dem Gebrauch ward sie genau untersucht. Ein Bevollmächtigter durfte nur für eine Partie in derselben Sache handeln. Erschien der Beklagte, der unbewaffnet sein musste, so wurde ihm sogleich die Klage vorgehalten. Ein Reinigungseid auf das Kreuz des Schwertes macht ihn frei. Gestand er das Verbrechen ein, oder wurde er durch Eid und Eideshelfer überführt, so sprachen die Schöffen das Urteil. Das, wenn es auf den Tod lautete, auf der Stelle vollzogen wurde. Er wurde an den nächsten Baum aufgehängt. Erschien der Angeklagte nach dreimaliger Ladung nicht, oder konnte er später in bestimmter Frist sein Ausbleiben nicht rechtfertigen, so wurde die Fehm oder Acht über ihn ausgesprochen, was einer Verurteilung gleichkam. Das Urteil der Freigrafen war nachstehenden schrecklichen Inhaltes: «Da nun vor mir verklagt, verfolgt und verschwunden ist ....der sich schreibe (Name), den ich um seiner Missetat willen habe heischen und laden lassen, und in der Bosheit so verhärtet ist, dass er nicht Ehre noch Rechtes pflegen will, und das höchste Gericht des heiligen Reichs verschmäht, so verfeme ich ihn hier von königlicher Macht und Gewalt wegen, als Recht ist und Königsbann gebietet. und setze ihn aus dem Frieden und Rechten und Freiheit, so er je hatte, seit er aus der Taufe gezogen wurde, in Königsbann und Wette, in den höchsten Unfrieden. Und ich weise ihn fort hin von den vier Elementen, die Gott den Menschen zum Trost gegeben und gemacht hat, und weise ihn fort hin nest. los, rechtlos, friedlos, ehrlos, sicherlos, misstätig, fempfflichtig, leiblos, also dass man mit ihm tun und verfahren mag, als man mit einem andern verfemten und verwaisten Manne tut. Und er soll nun fort hin unwürdig gehalten werden, und keines Gerichtes und Rechts geniessen, und keine Freiheit noch Geleit haben, in keine Schlösser noch Städten, ausser an geweihten Stätten. Und ich vermaledeie hier sein Fleisch und sein Blut, auf das es nimmer zur Erde bestattet werde. Der Wind ihn verwehe, die Krähen, Raben und Tiere in der Luft ihn verführen und verzehren. Und ich weise seinen Hals dem Rape (Strick) und seinen Leichnam den Vögeln und Tieren in der Luft, die Seele aber unserem lieben Herrgott, wenn sie derselbe zu sich nehmen will.»

War das Urteil verlesen, sprach der Freigraf Folgendes: «Ich gebiete allen Königen, Fürsten, Herren, Rittern, Knappen, allen Freigrafen und allen echten Schöffen, und allen denjenigen. die dem heiligen Reich zugehören, dass sie dazu helfen mit voller Macht, dass über dieses verfemten Mannes Leib gerichtet werde, als des heiligen Reichs heimlicher Acht Recht ist. Und sie sollen das nicht lassen um Liebe noch um Leid, um Freund noch um Verwandte, noch um keines Dinges in all dieser Welt.»

Es bedarf keiner weiteren Erinnerung, dass ein solcher Verfemter von diesem Augenblick an rettungslos seinem Geschick ausgeliefert war. Alle Teilnehmer der Gerichts waren durch ihren schrecklichen Eid zum Vollzug des Urteils gegen ihn verpflichtet. An eine Warnung für ihn war auch nicht zu denken, da jeder Wissende, vermöge seines Eides, die Fehm geheim halten musste, selbst gegen die nächsten Blutsverwandten. Wo man des Verfemten habhaft werden konnte, nirgends war er sicher, wurde er an den nächsten Baum oder Pfosten aufgehängt. Als Zeichen, dass er durch die Fem gerichtet, wurde ihm nichts von seinen Kleidungen oder sonst etwas genommen, sondern ein Messer neben ihm eingesteckt.

Betrachten wir diese hohe Versammlung und das bisher entwickelte Verfahren, so schwindet schon ziemlich das Geheimnisvolle und Schaurige, das man ihr andichtet. Was hätte aber wohl diesen Verein freier, edler, schildbürtiger und rechtlicher Männer bewegen sollen in heimlichen Schlupfwinkeln, zur Nachtzeit, mit schnöder Mummerei, ihre Urteilssprüche zu geben? Wo ist die Verworfenheit, die man ihnen andichtet, da ihre Statuten selbst sagen: «Sie sollen vor Gott mehr Zucht in ihrer hohen Ordnung haben, als Andere, weil alle Zucht in ihnen eine Beweisung göttlicher Liebe hat.» Auch an mystische Ordensverbindung, an eine Keckheit, welche die Stellvertretung der göttlichen Gerechtigkeit, die rächende Hand des Schicksals sich anzumassen getraute, ist bei diesen Freigrafen und Freischöffen nicht zu denken. Nur die höchste Idee von weltlicher Richterwürde, und von ihrer hohen Bestimmung von Recht und Friede im Reich, beseelte sie. Deutlich zeigt sie sich, wenn sie selbst sagen: «Darum ist dieses Gericht höher, und übertreffend alle weltliche Gerichte in seiner Ordnung, weil alle Freischöffen mit dem höchsten kaiserlichen Bann, über Blut, Leib und Ehre zu richten, vom heiligen Reich beehrt sind.»

Es würde zu weit vom Plan dieses Buches führen, wenn noch in die Einzelheiten des gerichtlichen Verfahrens bei den Femegerichten, sowie in die fernere Geschichte derselben einzulassen, die ohnehin

in einer späteren Zeit wieder anzuknüpfen wäre. Wie schliessen sie daher mit einem Verzeichnis der Femegerichte, die unseren Ländern angehörten.

Wir haben schon deren im Ravensbergischen Amte Bechte und Emsland erwähnt. Wir fügen demnach die Bemerkung bei, dass als Graf Otto von Ravensberg noch Besitzer von diesen beiden Ämtern war, hatte er die edlen Herren von Steinfort mit einer Freigrafschaft, (Urkundenbuch 1240) in seinem Gebiet belehnt. Die Freigrafschaft Derseburg, welche die ganze derseburger Mark 1248 und mit ihr die Kirchspiele Bechte, Lohr, Neuenkirchen, Damme, Steinfeld usw. befasste und die Freigrafschaft, (Urkundenbuch 1383 und 1387), worunter die Kirchspiele Goldenstätte, Kaldenrad, Barnstrug, Drebber usw. gehörten, waren in diesem Zeitraum bekannte Gerichtsbarkeiten. In der Grafschaft Ravensberg befand sich auf beiden Seiten der osneugischen Gebirge, auf denen das Schloss Ravensberg stand, (Urkundenbuch 1226) eine Freigrafschaft. Die, welche diesseits lag, erstreckte sich über die Territorialgrenze der heutigen Grafschaft Ravensberg, und befasste noch die im osnabrückschen Stift gelegenen Kirchspiele Dissen. Laer und Glandorf. In den folgenden Jahrhunderten war über beide nur ein Richter, der sich Freigraf der Herrschaft Ravensberg schrieb.

Einen Freistuhl gab es 1307 bei Lemgo, zu Bisst genannt. Zu Herthe befand sich ein Freistuhl, dessen in mehreren Urkunden gedacht wird. Und 1219 auch eines Freistuhls zur Wische oder Wiese in der Herrschaft Rheda.

In der Grafschaft Dortmund blieb das alte Grafengericht am längsten sichtbar in seiner ersten Form, dessen Verwaltung bis auf die neuere Zeit noch unmittelbar vom Kaiser abhing. Während in übrigen Westfalen die entstandenen Territorialherren schon vor dem dreizehnten Jahrhundert im Besitze der Grafschaften waren, und die Rechtspflege in denselben nur mittelbar und in so weit vom Kaiser abhing, dass die von den Territorialherren ernannten Freigrafen die richterliche Gewalt nur von ihm oder seinen Beauftragten hatten.

Eine Ursache, dass die Grafschaft Dortmund in ihrer ersten Gestalt so lange sichtbar blieb, mag daher kommen, dass sehr früh beim kaiserlichen Kammergut zu Dortmund eine Stadt entstand, welche nicht gestattete, dass der Graf oder königliche Richter zu Dortmund so wenig in ihrer Stadt als in seinem Gerichtsbezirk unter eine Territorialhoheit begründen konnte. Obschon er für seine Familie eine erbliche Verwaltung des Grafengerichts erhalten hatte und sich Erbgraf nannte. Eine andere Ursache mochte sein, dass die benachbarten mächtigeren Herren sich um die dortmundische Grafschaft Vogtei, und um das Schulzenamt der kaiserlichen Kammergüter und Gefälle daselbst nicht vertragen konnten. Dass sich daher Graf und Stadt vereinigten und wie vorher nur das Reich und dessen Kaiser für ihren unmittelbaren Oberherrn behaupteten.

In der Grafschaft Limburg war 1343 ein Freigericht vorhanden. In der Grafschaft Mark gab es deren mehrere, so zu verstehen, wie ihr damaliger Umfang war. Es befand sich so 1296 und 1333 ein Freigericht im Baumgarten vor der Burg Mark. Ebenso eins 1320 vor der Stadt Kanne. Eines 1270 bei der Stadt Unna. Eines 1333 bei Heringen. Eines 1334 bei Fröndenberg. Und eines 1341 bei Wickede.

Ferner kann man zu den Freigrafschaften der Mark rechnen: die Freigrafschaft Vollmehrestein; die Freigrafschaften zu Boekum oder Kuhbokum; eine solche die Krumpfenfreigrafschaft hiess; und die Freigrafschaft im märkischen Suderland oder Sauerland, in welchem auch die Freigrafschaften im Amt zur Neuenstadt und im Veste zu Gummersbach und die Freigrafschaft zu Velbert gelegen sind.

In der Soester Börde ist die Freigrafschaft Heppen bekannt; der Graf von Arensberg war als Vasall der Kirche von Köln Besitzer davon, und hatte einen Teil davon der Stadt Soest verpfändet.

Im Jahre 1351 nennt sich der Knappe Heinrich von Lodare Freigraf des Grafen Gerhard von Ravensberg. Im Jahre 1363 erscheint der Knappe Johann von Borthesen als Freigraf der Herrschaft Ravensberg vor seinem Freistuhl im Hofe der Pröpstin zu Schildesche. Einer späteren Periode ist eine nähere Entwicklung des Gerichtswesens nach seinem neueren Bestand vorbehalten.